

Eigenbetrieb aus EU-Sicht problematisch

Auf Betreiben von Landrätin Petra Enders (Linke) soll der ÖPNV im Ilm-Kreis nach 2019 mit einem kommunalen Busbetrieb bedient werden. Das ist nicht im Sinne der Politik der Europäischen Union.

Ilmenau/Arnstadt – Dieter-Lebrecht Koch aus Weimar ist Mitglied im Europäischen Parlament. Dort sitzt er im Ausschuss Verkehr und Fremdenverkehr. *Freies Wort* fragte nach, was Dieter-Lebrecht Koch von der Kommunalisierung der beiden Busbetriebe IOV Ilmenau und RBA Arnstadt hält. Damit soll eine europaweite Ausschreibung des Busverkehrs verhindert werden. Diese Ausschreibung wird von der EU gefordert, um den Wettbewerb und damit Kosten zu sparen. Mit dem Beschluss des Kreistages mit rot-rot-grüner

Mehrheit am 6. September wird die Ausschreibung verhindert. Der Ilm-Kreis muss nun eine eigene Busflotte aufbauen, da nur der IOV zum Verkauf steht. Die Regionalbus Arnstadt GmbH steht dafür nicht zur Verfügung, da der Geschäftsführende Gesellschafter, Knut Gräbedüinkel, nicht an einen Verkauf denkt. Die IHK schätzt den Aufbau einer eigenen Busflotte auf bis zu zehn Millionen Euro. Dazu der EU-Abgeordnete: „Ich stehe in diesem Vorgehen voll und ganz auf der Seite meiner CDU-Kollegen, denn ich halte die Kommunalisierung des öffentlichen Personenverkehrs im Ilm-Kreis für höchst problematisch.“

Durch die deutschlandweit bekannte Tendenz der zunehmenden

Kommunalisierung des ÖPNV und der damit einhergehenden Direktvergaben an interne Betreiber, werde der Markt bewusst abgeschottet. Das

widerspreche allen Bestrebungen nach einem fairen Wettbewerb. „Das Vorgehen wird sogar zu einer Bedrohung der Existenz von privatwirtschaftlich agierenden Verkehrsunternehmen führen.“ Koch verweist auf die soziale Marktwirtschaft. Die beruhe auf Nichtdiskriminierung und Chancengerechtigkeit für private Unternehmen.

Diese Form der kommunalen Marktabschottung wird nach Kochs Angaben weder dem deutschen Personenbeförderungsgesetz noch der EU-Verordnung gerecht. Die EU-Gesetze und Verordnungen besagten, dass staatliches Handeln nur dann erfolgen soll,

wenn der Markt versagt. „Der Staat soll nur eingreifen, wenn kein Unternehmen, unabhängig ob privat oder kommunal, sich in der Lage sieht, ein eigenwirtschaftliches Angebot abzugeben“, sagt Koch. Dies bedeute, dass das Unternehmen in der Lage sein muss, den Betrieb ohne staatliche Zuschüsse zu betreiben. Koch: „Wenn dies im ÖPNV im Ilm-Kreis nicht der Fall ist, dann ist die Entscheidung von Landrätin Petra Enders und ihrer im Kreistag durchgesetzten Mehrheit zur Kommunalisierung des IOV in meinen Augen gesetzeswidrig.“

Ich befürworte die von der EU-Verordnung zukünftig vorgesehene europaweite Ausschreibung des ÖPNV, da diese Marktöffnung zu einer Verbesserung der Qualität und zu besseren Fahrpreisen für die Fahrgäste führen kann. Diese wiederum bringe oftmals eine Reduzierung der Zuschüsse und damit entsprechende Einsparungen in öffentlichen Haushalten mit sich.



Dieter-Lebrecht Koch, Abgeordneter des EU-Parlaments.